

Antrag 302/II/2019**FA X - Natur, Energie, Umweltschutz****Der Landesparteitag möge beschließen:****Daseinsvorsorge statt Abfallexporte**

1 Die SPD-Mitglieder im Senat und im Abgeordnetenhaus
2 werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass im neu-
3 en Abfallwirtschaftskonzept für Siedlungsabfälle Berlin
4 für 2020-2030 (AWK Berlin) die Exporte von Berliner Sied-
5 lungsabfällen oder sogenannten Ersatzbrennstoffen (EBS)
6 aus diesen Siedlungsabfällen in andere Bundesländer
7 oder sogar ins Ausland im Sinne der Daseinsvorsorge weit-
8 gehend unterbunden werden. Stattdessen soll das Land
9 Berlin ausreichend eigene Kapazitäten insbesondere zur
10 energetischen Verwertung bereitstellen.

11
12 Mülllexporte aus Berlin, auch zur energetischen Verwer-
13 tung, sollen zukünftig im AWK nur noch zugelassen wer-
14 den, wenn die sogenannte Zero-Waste-Strategie des Lan-
15 des Berlin noch keine ausreichende Absenkung der Sied-
16 lungsabfallmengen in Berlin erbracht hat und:

- 17
- 18 • eine energetische Verwertung innerhalb des Landes
19 Berlin aufgrund fehlender Kapazitäten nicht mög-
20 lich ist,
 - 21 • solange eine Erweiterung notwendiger energe-
22 tischer Verwertungskapazitäten innerhalb Berlins
23 noch aussteht,
 - 24 • das Land Berlin die unmittelbar Entscheidung zur
25 Belieferung externer Anlagen hat bzw. direkte Ver-
26 träge mit energetischen Verwertungsanlagen au-
27 ßerhalb Berlins abgeschlossen hat,
 - 28 • wenn diese Anlagen mindestens denselben Wir-
29 kungsgrad in der Rauchgasreinigung, in der Metall-
30 verwertung aus der Schlacke und in der Energienut-
31 zung erzielen, wie das Berliner Müllheizkraftwerk
32 (MHKW) in Ruhleben.

33
34 Für zusätzliche Mülltransporte ist ein umweltfreundli-
35 ches Logistikkonzept zu entwickeln, das vorrangig auf die
36 Schiene setzt.

37
38 Der Export von aufbereiteten Berliner Siedlungsabfällen,
39 insbesondere in Braunkohlekraftwerke, sollte schnellst-
40 möglich eingestellt werden, weil

- 41
- 42 • die Mitverbrennung von aufbereiteten Berliner Ab-
43 fällen – sogenannten Ersatzbrennstoffen (EBS) trotz
44 immissionsschutzrechtlicher Genehmigung die
45 Umwelt durch Schadstoffemissionen um ein Viel-
46 faches stärker belastet, als z.B. das rauchgasseitig
47 optimierte Berliner MHKW in Ruhleben.
 - 48 • die Mitverbrennung von Berliner EBS in (Braun)Koh-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

49 lekraftwerken deren Wirtschaftlichkeit und damit
50 deren Weiterbetrieb unterstützt, obwohl Berlin
51 gleichzeitig aus Klimaschutzabwägungen die Ab-
52 schaltung von (Braun)Kohlekraftwerken fordert.

53 • der ohnehin energetisch zu verwertende Berliner
54 (Rest)Siedlungsabfall einen wichtigen Beitrag als
55 Grundlast bei der Berliner Energiewende (Strom und
56 Fernwärme), leisten kann und soll.

57 • das Land Berlin im Sinne der Entsorgungssicher-
58 heit und Daseinsvorsorge weitest möglich auf ei-
59 ne Beauftragung Dritter mit Abfallexporten auch
60 von aufbereiteten Berliner Siedlungsabfallgemi-
61 schen Verwertungs- und Beseitigungsanlagen au-
62 ßerhalb Berlins verzichten sollte.

63

64

65 **Begründung**

66 Das im Koalitionsvertrag vereinbarte abfallwirtschaftli-
67 che Leitbild „Zero-Waste“ hat bisher noch nicht zu einer
68 signifikanten Verringerung der Haus- und Gewerbemüll-
69 mengen nach der stofflichen Verwertung geführt. Auch
70 im Jahr 2018 standen lt. Abfallbilanz von SenUVK, in Berlin
71 fast 875.000 Tonnen Restabfall zur energetischen Verwer-
72 tung an. Diese Gesamtmenge hat sich – vermutlich auch
73 aufgrund der wachsenden Stadt – in den letzten Jahren
74 kaum verändert.

75

76 Von diesen Restabfallmengen wurden 2018 rund 581.000
77 Tonnen im Berliner MHKW Ruhleben energetisch verwer-
78 tet und über die angeschlossene Dampftrasse zum Kraft-
79 werk Reuter West direkt in Strom und Fernwärme zur Ber-
80 liner Energieversorgung genutzt.

81

82 Die restlichen rund 294.000 Tonnen Siedlungsabfall wur-
83 den überwiegend (279.000 Tonnen) in den beiden An-
84 lagen zur mechanisch-physikalischen Abfallbehandlung
85 (MPA) in Pankow (BSR) und Reinickendorf (ALBA/BSR)
86 zerkleinert, mit Erdgas getrocknet, mechanisch aufberei-
87 tet (Abtrennung von mineralischen und Metallfraktionen)
88 und zu EBS vorgepresst (anpelletiert). Diese Aufbereitung
89 in den MPA-Anlagen ist nicht nur klimarelevant (Energie-
90 verbräuche Erdgas und Strom), sondern verursacht ihrer-
91 seits Schadstoffemissionen, Gerüche und erhebliche Be-
92 handlungskosten. Die Ersatzbrennstoffe werden bisher im
93 Auftrag des Landes Berlin von privaten Entsorgern per
94 LKW zur energetischen Verwertung in verschiedene soge-
95 nannte „Mitverbrennungsanlagen“ in Brandenburg, aber
96 auch weitere Bundesländer transportiert. Dabei entschei-
97 det die private Entsorgungswirtschaft nach eigenen (wirt-
98 schaftlichen) Überlegungen, in welche Anlage die EBS ge-
99 bracht werden.

100

101 Der überwiegende Anteil der Ersatzbrennstoffe wurde

102 bisher zur Mitverbrennung (ca. 56% der EBS in 2016) in
103 das Braunkohlekraftwerk Jänschwalde in der Lausitz ver-
104 bracht. Dieses älteste Großkraftwerk Ostdeutschlands,
105 dass noch aus DDR-Zeiten stammt und in den 90er Jah-
106 ren nur nachgerüstet wurde, gehört mit rund 23 Mio. Ton-
107 nen CO₂ pro Jahr (im Vergleich: der Berliner Straßenver-
108 kehr verursacht knapp 4 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr) zu den
109 fünf größten Klimabelastern in Europa.

110

111 Aber auch die Mitverbrennung in anderen – weniger um-
112 weltbelastenden - Mitverbrennungsanlagen macht we-
113 der klimapolitisch, noch umweltpolitisch Sinn. Zum einen
114 werden zusätzliche LKW-Transporte erforderlich und zum
115 anderen muss das Land Berlin die mit dem ohnehin vor-
116 handenen Abfall exportierte Energie (die zumindest teil-
117 weise erneuerbar ist – vgl. Bioorganikanteil im Müll) durch
118 zusätzliche regenerative Energieerzeugung im Land er-
119 setzen. Dabei hat das Land Berlin schon heute große Mü-
120 he, selbst überhaupt einen vorzeigbaren Anteil erneuer-
121 barer Energie am eigenen Verbrauch zu generieren.